

Feministisches Institut – 15. Green Ladies‘ Lunch, 30. Januar 2004**„Wandel in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik: Profitieren Frauen von den Veränderungen?“**

Vortrag

Mechtild Jansen

Sozialwissenschaftlerin und freie Publizistin

Bei der Bitte um meinen kurzen Vortrag zu diesem Ladies Lunch bin ich um Einschätzungen in zweierlei Hinsichten gefragt worden:

- Zum einen soll im Blick u.a. auf die Agenda 2010 geklärt werden, „was gesellschaftspolitisch in diesem Land gegenwärtig passiert; wer eigentlich noch teilnimmt an Gesellschaft, ob dies zu verantworten ist und gewollt sein kann; zu welchem Verständnis von Gemeinschaft wir kommen, welche Gesellschaft aus diesen Reformen entsteht und welches Gesellschaftsbild hinter ihnen steht; was ‚Reform‘ gemessen an der Idee der Gleichberechtigung und Teilhabe aller, der Umverteilung und Gerechtigkeit heißt?“
- Zum anderen sollen „Konsequenzen“ bedacht werden, „welche Fragen müssen wir aufgreifen, welche vorrangig klären, wo ist Konsens nötig, um zu Politikkonzepten zu kommen, was folgt daraus?“

I. Analyse - Tiefenveränderung0. Ausgang

Meine jüngeren Beobachtungen der gesellschaftspolitischen Szenerie zeigen mir im Umgang mit handfesten und gravierenden politischen Veränderungen, die wir gegenwärtig erleben und die sich in beträchtlicher Geschwindigkeit vollziehen, Individualstrategien, Ausfall politischer Intervention und Uns-Okay-Beten. Als trauten wir uns nicht auszusprechen, was ist. Das ist schmerzlich. Für mich ist es manchmal das Schmerzlichste zu sehen, in welcher Verfassung „die“ Frauen (natürlich eine unzulässige Pauschalisierung) sind und wie die Verliererinnen – wie überall – sich untereinander den Rest geben. Ich suche nach

dem einen kurzen Moment, in dem Ruhe eintritt, Staunen, Stille, Besinnung, Umschauen einsetzt. Ich möchte die Veranstaltung nutzen, zusammen nachzudenken.

Lassen Sie sich bitte nicht täuschen, von manch vermeintlich „starkem“ Vokabular – es ist nicht daher gesagt, sondern Ausdruck von Anteilnahme und Sorge, mit denen die Dinge auf Begriff gebracht werden müssen – um sie zu begreifen – und veränderbar machen zu können.

1. Beurteilung der Agenda 2010 für Frauen: ein „Gender Mainstreaming“ vom Modell des neuen ersten Mannes aus entworfen – der erste manifeste Rückschritt

Das Geschehen lässt sich auf drei Stichworte verdichten: „Gedöns, Basta, Fertigmachen.“ Es sind die starken Worte, in denen der Kanzler – erster Repräsentant des neuen ersten Mannes¹ – sich gerne auszudrücken pflegt. Sie zeichnen die Stationen und markieren einen politischen Rückschritt – nicht nur – für Frauen, der in der Agenda 2010 zum ersten Mal konsistent manifest wird.

Dies nicht etwa, weil mit ihr das Alte (endlich) aufgegeben wird oder weil die sozialen Kürzungen so dramatisch wären – außer für die jetzt schon Armen. Dies nicht einmal, weil Frauen in erster Linie zu den „Verliererinnen“ gehören, wobei es auch weiterhin eine ganze Reihe von Gewinnerinnen gibt. Sondern weil mit der Agenda 2010 ein politischer *Paradigmenwechsel* in der Frauen- und Geschlechterpolitik vollzogen wird, der zugleich paradigmatisch aufs Ganze der Gesellschaft ist. Mit der Agenda 2010 wird

1. die Familienernährerrolle wieder aus Mottenkiste geholt;
2. sozialstaatlicher Zahlung eine Leistungsnorm zugrundegelegt, die still und unsichtbar Frauen aus spezifischen Zugängen und Fördermaßnahmen wieder ausschließt und sie damit normativ überhaupt neu verdrängt;
3. unter der Hand eine eigenständige Existenzsicherung aufgegeben und Abhängigkeit von Ehemann re-befestigt;
4. im großen Stil ein abgespaltener Niedriglohnsektor für „geringfügige“ Arbeiten, moderne Dienstmägde für Stunden, Tage, Wochen geschaffen, in dem arbeitsrechtliche Bedingungen weithin außer Kraft geraten, der nicht einmal subventioniert wird und im Ergebnis niemals für eine Existenzsicherung ausreicht;
5. jenen, die keine Erwerbsarbeit finden, ein verfassungsrechtlich fragwürdiger Zwang zur staatlich verordneten Arbeit auferlegt; und

6. werden Frauen, wo sie nicht effizienter und billiger als der erste Mann sind, auf die 2. Klasse abwärts und bevorzugt die allgemeine Unterklasse verwiesen.

Hinzukommt, daß in der Krise die kompensatorischen Mittel der Frauenförderung weithin gekürzt oder gestrichen werden. Damit übt der Staat seine Verpflichtung zu einer aktiven Rolle pro Herstellung von Gleichberechtigung (unerklärtermaßen) nach rückwärts aus.

Ein manifester Rückschritt ist die Agenda 2010 auch deshalb, weil bisherige sozialstaatliche *Prinzipien* „abgeräumt“, *aber keine Neuen* geschaffen werden und somit ein einmal erreichtes Niveau an Gerechtigkeit, das Frauen allemal noch nicht in gleicher Weise vorsah, politisch gewollt unterschritten wird.

Im Kontext dessen wird die Gleichberechtigung der Geschlechter theoretisch und praktisch durch indirekte Strategien noch auf weitere Weisen zurückgenommen. Auf dieser Ebene liegen eigentlich die größten Verluste: durch *stille Zurücknahme und Umgehung des Erreichten, Umfeldveränderung und die Etablierung neuer Wichtigkeiten*.

So hat sich die Situation sehr vieler Frauen verschlechtert: Gleichberechtigung ist heute kein verwirklichtes Recht, sondern ein Privileg. Im Verhältnis zum Ganzen hat sich für viele Frauen zwar relativ weniger verschlechtert als für viele Männer, nur geht dieser relative Zugewinn mit einem Abstieg von Gesellschaft und Wirtschaft einher, nicht zuletzt ob der unveränderten Wertlosigkeit des „Weiblichen“, egal ob es bei Frau oder Mann auftaucht. Es gibt selbstverständlich keine offenen Angriffe auf das Gebot der Gleichberechtigung, im Gegenteil, dieses wird vielmehr (insbesondere anderswo) laut beschworen. Doch läßt man Frauen in einer zunehmend ungleichen Realität schlicht noch mehr als bislang leisten und gleichzeitig auf die Änderung der systematischen Ungleichheiten warten. Derweil ordnet man das ganze politische Feld und die Gesellschaft neu, nachdem man sie zuvor aus eben diesem Neubestimmungsprozeß herauskatapultiert hatte, nicht ohne ein paar „passende“ Frauen für Alibirollen ausgefiltert zu haben. Nach der Neusortierung darf getrost mit „Gender Mainstreaming“ die Tür freundlich geöffnet werden, alles auf Anfang geschaltet werden und das Spiel von vorne beginnen. Gender Mainstreaming, bekanntlich eigentlich eine Aufforderung zur Revolution, ist die große Black Box, die uns immerhin lockt, wissen zu wollen, was in ihr ist, obwohl alles darauf hindeutet, daß sie leer ist.

¹ Ein von mir geprägter Begriff zur Analyse der Veränderung von Geschlechterverhältnissen, siehe verschiedene Veröffentlichungen der Autorin.

2. Die gesellschaftspolitische Bedeutung der Reform – ein machtpolitischer und struktureller Einschnitt

Die Agenda 2010 stellt einen mental- und gesellschafts-, macht- und sozialstrukturpolitischen Einschnitt dar, der mit der alten Bundesrepublik abschließt. Worin liegen die darin eingeschlossenen Weichenstellungen? Welchen Charakter haben die Änderungen von Regularien und welche Wirkungen auf den Zustand von Gesellschaft, der – so sei der Einfachheit und Kürze halber gesagt – ja bereits brüchig und von Krisen gezeichnet ist?

Der neue erste Mann entscheidet allein, er ist dabei von Frauen legitimiert; soziale Ungleichheit wächst und wird begrüßt; hinter dem herrschenden „Effizienz“denken steht die moderne Art von Ausbeutung der Frau, des „Weiblichen“ wie des puren Mensch(sein)s; es findet allenthalben eine Reprivatisierung von sozialen Beziehungen statt.

Damit vollzieht sich ein Prozeß von Zerstörung von Gesellschaft. Die dazugehörige Politik ist im Abschneiden von allem „Störenden“ eine zerstörerische Politik. Diese Zerstörung richtet sich auf eine Infragestellung der ganzen Moderne, auf einen ganzen langen mühseligen Fortschritt des Menschen zu einem Gesellschaftswesen, wobei Gesellschaft den viel größeren Lebensraum darstellt, als es Familie und Rudel bilden.

Dieser Prozeß führt in eine Atomisierung, Anarchisierung, Naturalisierung, ein Fressen und Gefressenwerden des Sozialcharakters von Gesellschaft. Er hat Implikationen, die sicher noch in der Ferne liegen, aber gleichwohl in ihren Konsequenzen bedacht sein müssen. Atomisierung, Anarchisierung, Naturalisierung fallen als „Form“ gesellschaftlicher „Konfliktbearbeitung“ weit hinter „zivilisatorische“ Ansprüche zurück, in gewisser Weise noch hinter Krieg und Bürgerkrieg, weil diese noch Gründe, Begründungen und Regeln hatten. Das Phänomen des Terrorismus illustriert dies bereits. Dabei ist schon jetzt in wesentlichen internationalen Konflikten, nicht nur im Irak, Krieg an die Stelle von Politik getreten ist. So besteht eine Gefahr, in eine Art vorpolitischer Zeit zu verfallen.

Die Agenda als Einschnitt und „Problem“ macht sich namentlich daran fest,

- daß sie keine Aussicht auf Lösung der Erwerbslosigkeit abbildet, implizit auch den Anspruch auf Lösung aufgibt, und so in der Tat eine neue soziale Frage aufwirft,
- daß sie (nach dem sozialen Wandel) einen Wandel der „Gesellschaftsformation“ spiegelt,

- daß sie eine neue hierarchisierte „Klassen“gesellschaft impliziert, deren unterste Schicht nicht mehr die Arbeiterklasse, sondern diejenigen bilden, die Menschen(nahe)-Arbeit, Schwarz-, deregulierte, private Arbeit leisten oder ohne alles dastehen,
- daß sie einen sozialen Strukturwandel einleitet und politischen Paradigmenwechsel vornimmt, 1. mit einer Leistungsnorm, die darauf basiert, den Ausschluss zu definieren statt eine Integration, 2. mit der Akzeptanz einer Schicht von „Nutzlosen“, die keine Chance auf eigenes Ein- und Auskommen hat und damit auf eine Haltlosigkeit unserer Gesellschaft verweist, 3. mit einer Orientierung auf Eigenständigkeit der BürgerInnen, die ohne ausreichenden materiell-rechtlichen Grund und Boden bleibt und ebenfalls eine Haltlosigkeit von Gesellschaft auf dem Rücken der Schwächsten zeigt, und 4. mit einer inhaltlichen Entleerung von Politik, jenseits des bloßen Machterhalts derer, die bereits das Sagen haben.

3. Kritik an der Politik von Regierung und Gewerkschaften – sie ist substanziell verfehlt.
Was jedoch ist die Konsequenz daraus?

Mir mangelt es nicht an Verständnis für die Schwierigkeit der Lage und wie Rotgrün in sie hineingekommen ist. Es geht mir nicht um dieses oder jenes Detail, das so oder anders zu machen wäre, das ich besser oder schlechter finde.

Das Entsetzen ergreift mich über Selbstverlust, über die freiwillige (Selbst-)Aufgabe von Politik in der Idee von Gestaltung, über den Verlust des Politischen – als eine Form von Selbstaufgabe und Selbstverfall, die doch einen politischen Gehalt haben, nämlich in der Freigabe von Selbstbestimmung und Demokratie zugunsten eines „Rette sich, wer kann“ vor allem in der Macht, nicht nur etwas Regressives, sondern (man traut sich kaum, es zu denken) auch etwas Rückwärtsgewandtes. Verstört bin ich auch über den Kern der Antriebskräfte, die hier eine Rolle spielen – Angst und Panik einerseits, Gier, Machtrausch und Wirklichkeitsverlust andererseits? Es ist m.E. ein substanzielles Versagen, das Abdanken des ganzen Restes dessen, was einmal eine Linke war – ein sich vollendendes Scheitern – tragisch und dramatisch.

Es betrifft Rotgrün, wobei die Grünen ja meinen, fein heraus zu sein, weil man noch Schwarzgrün machen kann, wenn die SPD weggeputzt ist, und weil man frischer, moderner ist. Aber das ist eine Illusion. Sicher geht eine Koalition zwischen Schwarz und Grün, für einen Moment möglicherweise sogar gut. Doch das Problem wird die Partei einholen.

Das Problem betrifft nicht minder die Gewerkschaften, die sich kopflos selbst den Rest geben.

Es betrifft auch viele der verbliebenen anderen alternativen Ansätze, unter den noch die Forschesten so altbekannt erscheinen und die gleichen Grundprobleme spiegeln, obwohl sie sich für die Lösung halten.

II. Konsequenzen – anders und auf neue Weise etwas aufbauen

Welche Fragen müssen wir aufgreifen? Was folgt daraus?

1. Antwort gefragt

Wir brauchen eine Antwort auf

- den stattfindenden Verbrauch der Demokratie und die Entdemokratisierung,
- die neue soziale Frage,
- den Umbau des Ganzen unter Präsenz von Frauen – dieser verlangt zuallererst den Eintritt in eine demokratische Geschlechter- und Individuumspolitik, nur von hier muß eine Rettung von Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit einsetzen,
- die definitive Notwendigkeit eines neuen Weges, einen komplett neuen Denk-, Begriff- und Politikansatz.

2. Voraussetzungen

Die entscheidenden Voraussetzungen dafür liegen noch vor dem Denken von inhaltlichen Alternativen, sogar noch vor denkbaren Lösungen in der Sache, sie betreffen (Wert-) Orientierung in der Suche und die Art des Weges zu gehen, den wir gehen und gehend suchen. Lösungen finden sich dann schließlich oft wohl erst „auf dem Weg“.

- Der **Abschied** von der **Symptom**korrektur (als Lösung an sich) ist unerlässlich, ohne deshalb das Lindern von Symptomen zu unterlassen.
- Wir finden die Antworten nicht auf einem **Fach**gebiet – das die Teilung der Welt, die eben nicht mehr „stimmt“, schon voraussetzt – sondern nur im Gesamtzusammenhang und Kontext, im Blick auf die **ganze Gesellschaft**.

- Wir müssen wahrnehmen, betrachten und verstehen lernen, wie ein **Gesellschaftsorganismus** in seiner Gesamtheit wirkt, von dem Wirtschaft ja auch nur ein Teil darstellt, und lernen, diesem Organismus die nötigen Lebensbedingungen zu schaffen. Alles ist ein Teil des Ganzen – das Ganze funktioniert nicht ohne seine mit ihm verbundene Teile.
- Wir brauchen ein anderes Politikverständnis – ein Wahrnehmen, Fühlen, Denken im Prozess, in der Entwicklung, abhängig von Wertorientierung, eine Förderung der Potentiale des Lebens und deren Integration – ein **lebendiges, differenziertes, komplexes, „ganzheitliches“ Politikverständnis**, kein mechanisches, technokratisches, herrschaftliches, eindimensionales, lügnerisches, manipulatives, kleingemachtes und kleingehaltenes etc..
- Wir sind alle Teil des Problems, insofern sind unsere Probleme „hausgemacht“ und wir empfinden doch eine Gefangennahme. Vielleicht ist es die Frage, wie weit unser Unwohlsein reicht. Ein Herauskommen jedenfalls wird nur gelingen, indem wir uns **am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen**. Es ist eine andere Art der politischen Herausforderung als die, die wir kennen, und doch eine, die unsere Reife von uns verlangt.

3. Herausforderungen zu 1. Arbeit und 2. soziale Existenz – oder welche Wahloptionen haben wir?

Worin liegen die wichtigsten Herausforderungen zu den Fragen 1. der Arbeit und 2. der soziale Existenz? Oder: welche Wahloptionen zum Leben schaffen wir eigentlich – und nicht welche Varianten von MacDonalds oder Autodesigns, die unter der Haube dasselbe haben, sondern welche Ernährungsangebote und Fortbewegungsmöglichkeiten, die friedlich nebeneinander oder in Wettbewerb miteinander treten? Eine Veränderung und das Angebot echter Wahlmöglichkeiten etwa bei Arbeit und Wirtschaft sind ein Tabu, obwohl hier Antworten auf die neue soziale Frage und den Demokratieverbrauch zu suchen wären. Was sind m.E. zentrale Fragen, die wir stellen müssen?

3. 1.

- **Arbeit** betrachte ich (die eine Grundfrage) als Fundament von Gesellschaft und Kultur, zentrale Sinnstiftung und Existenzsicherung des Lebens. Wir müssen gegen diese entsetzliche Entwertung von Arbeit eintreten, uns für gute Arbeit einsetzen, auch im Namen der viel gerühmten Zivilgesellschaft, die nicht zuletzt ersetzen soll, was Frauen

nicht mehr uneingeschränkt privat-häuslich an unbezahlter Arbeit leisten können und wollen.

- Die „Arbeit am Mensch“ – das ist das Thema des 21. Jahrhunderts. Wie wollen wir sie gestalten und ausfüllen?
- Dazu gehört die schnöde Frage: Was kostet der Mensch? Was darf er kosten? Was, wie, zu welchem Preis machen wir (es) mit der Arbeit am Mensch? Wie wertvoll ist uns das Sozialkapital? Wovon hängt unsere Existenz wirklich ab – vom Sozial- und/oder Geldkapital? Gibt es diesen Gegensatz in der Sache überhaupt? Handelt es sich nicht vielmehr um eine Frage der Qualität des Verhältnisses zwischen beiden?
- Welche Arbeit machen wir zu Geld? Wie schaffen wir die Umwertung, dass Sozialkapital so wertvoll wird, wie es tatsächlich ist?
- Wie schaffen wir dabei „neue Arbeit“ – in Inhalt, Quantität (Arbeitsplätze), Qualität und Wert – auf freie Weise, nicht per Zwang oder Verordnung und so „markt- wie demokratiefähig“?
- Wie und wodurch entsteht Gerechtigkeit in der Arbeit? Gibt es sie? Indem jede/r, wie er sie kann/will, arbeitet, ein Leben lang, durch Gerechtigkeit über die Rahmenbedingungen, bei einem Minimum allgemeiner Verkehrsregeln und gesellschaftliche Wertmustern?

3.2.

- Wie sichern wir (die andere Grundfrage) **Existenz** (auch) im Falle der Not und im Fall normaler Fürsorgebedürftigkeit?
- Wie definieren wir das Maß für die Not, in dem wir füreinander eintreten wollen – das Eintretenkönnen muss ja erwirtschaftet sein – und wie definieren wir das Maß für Fürsorge? Ich schlage ein 1/2:1/2 im Durchschnitt vor.
- Was soll der Sozialstaat leisten? In der Not eintreten oder Wohlstands-Fürsorge leisten? Oder ist eines oder beides privat organisiert, aber gesetzlich limitiert doch eine bessere Lösung?
- Worin verstehen wir uns als „gleich“?
- Was ist das Maß für Gleichberechtigung im 21. Jahrhundert – wenn der Maßstab nicht mehr der patriarchale Mann des 19. und 20. Jahrhunderts ist?
- Was ist der Stoff von Gerechtigkeit, wenn sie keine Teilgerechtigkeit sein soll? Woraus besteht sie? Was ist ihre Qualität?

- Kann der ganze (fürsorgliche, paternalistische) Sozialstaat durch ein Grundrecht auf eine minimale Existenzrecht, ein Recht auf ein Minimum an Geld ersetzt werden?

Jetzt werden viele einwenden, wie es denn um die Anschlussfähigkeit solcher Fragen und Überlegungen bestellt ist. Ich halte es 1. für zuerst vorrangig und wichtig, die richtigen Fragen zu stellen. Ich sehe 2. „unsere“ dringende Aufgabe darin: die Kuh (d.h. die gegenwärtig herrschende Politik) vom Eis zu holen. Sie ist hauptverantwortlich für die Misere. Sie zieht uns alle mit hinab. (Mein Gedanke ist die ganze Zeit und immer wieder: irgendwann, irgendwo werden Sicherungen durchgehen, -brennen, -knallen. Es wäre gut, vorher für Entspannung zu sorgen.) Das aber 3. heißt, wir sind der Anker, wir brauchen die Bodenhaftung, wir müssen auf die Wirklichkeit (statt ins Fernsehen) schauen. Wir müssen uns den Stoff der Politik wieder aneignen. Das wäre „Rettung“.